

## **84. FDP-Landesparteitag, 13. + 14. November 2009**

### **Beschluss des Landesparteitags vom 14.11.2009**

#### **Agenda für Bildung**

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Fundament für den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand einer Gesellschaft einerseits und für persönliches Glück und Erfolg andererseits. Dem Einzelnen die Möglichkeiten zu bereiten, seinen persönlichen Bildungsweg zu finden und zu beschreiten, ist die Aufgabe der Gesellschaft. Sie zu nutzen, obliegt dem Einzelnen.

#### **Zeitgemäße Bildung für Hamburg**

Die FDP Hamburg unterstützt die Kernforderungen der Enquete-Kommission zur Schulentwicklung, die im Jahr 2007 vorgelegt wurden. Sie zeigen einen sinnvollen Weg für die zukünftige Gestaltung des Schulsystems auf.

Wichtigste Punkte sind:

- Ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasien und Stadtteilschulen,
- Zwei Wege zum Abitur, innerhalb von 12 Jahren (Gymnasium) und 13 Jahren (Stadtteilschulen).
- Kleine Klassenfrequenzen in der Sekundarstufe I,
- Hohe Selbstverantwortung der Stadtteilschulen bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern,
- Berufsorientierung als Schwerpunkt in der Sekundarstufe I an Stadtteilschulen,
- Kompetenzorientierte Tests und Lernstandserhebungen,
- Respektierung des Elternwillens bei der Schulwahl,
- Leitungsstruktur der Schule richtet sich nach Größe, die Besoldung ist schulformunabhängig.

#### **I. Bildung für Herz und Verstand**

Das Leistungsprinzip steht im Mittelpunkt liberaler Bildungspolitik. Organisation und Vermittlung von Bildung richtet sich danach aus, Schülerinnen und Schüler zu zeigen, dass „Bildung“ nicht nur mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem mit persönlicher Leistungsbereitschaft zu tun hat.

## **1. Zustand**

Das Hamburger Bildungssystem steht vor vielen Herausforderungen. Dazu gehören die Bewältigung der Zwangseinführung der Primarschule durch die schwarz-grüne Koalition und der damit verbundene Kahlschlag an Schulprofilen, angefangener und nicht beendeter Reformen vorangegangener Senate, eine hohe Schulabbrecherquote sowie viele sanierungsbedürftige Schulgebäude. Hinzu kommt die ungenügende individuelle Förderung von Starken und Schwachen.

Das gesamte Schulsystem ist gekennzeichnet von planwirtschaftlichen Maßnahmen, bürokratischer Bevormundung und schlechten PISA-Ergebnissen. Die Schulen in privater Trägerschaft werden zur Übernahme staatlicher Strukturen gezwungen und finanziell benachteiligt. Neugründungen von privaten Schulen werden massiv behindert. Das Elternwahlrecht als Wettbewerbsmotor für eine individuelle Schulentwicklung wird abgeschafft.

## **2. Unsere Grundsätze**

Mehr Eigenständigkeit der Institutionen und mehr Eigenverantwortung der Eltern sowie der einzelnen Bildungsteilnehmer sind die Leitgedanken, denen im Bildungswesen Hamburgs durchgreifend Geltung verschafft werden soll. Für Liberale ist Bildung ein Bürgerrecht, das allen Menschen chancengerecht, unabhängig von ihrer Herkunft, den Weg zu ihrem persönlichen Erfolg ermöglichen soll. Die FDP will mehr als nur Wissensvermittlung. Wir wollen auch Werte wie Toleranz, Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft vermitteln. Bildung ist ein elementarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb braucht Bildung kreativen Freiraum und Zeit für die eigene, individuelle Entfaltung und auch die pragmatische Ausrichtung auf die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Einzelnen und unserer Gesellschaft.

## **3. Unsere Ziele**

Wir wollen faire Chancen am Start, mehr Durchlässigkeit und gute Aufstiegschancen für alle jungen Menschen Hamburg schaffen und nicht hinnehmen, dass schlechte Schulen oder Hochschulen die später Lebenschancen unserer Jugend beeinträchtigt.

Bildung ist ein Standortfaktor. Hamburg steht im Wettbewerb um die besseren Leistungen - innerhalb Deutschlands, aber auch international. Wir wollen die besten Kindertagesstätten, die besten Schulen und Berufsschulen sowie die besten Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Eine intelligente und leistungsorientierte Bildungspolitik vermehrt die Chancen unserer Kinder und unserer Gesellschaft.

Wir wollen die Eigenständigkeit der Schule stärken. Sie ist die entscheidende Voraussetzung für ihre Qualitätsentwicklung. Verantwortung und Gestaltung gehören zusammen dorthin, wo sie anfallen.

Wir wollen einen neuen Schwerpunkt beim Ressourceneinsatz. Der Abbau von Defiziten gelingt bei jüngeren Kindern besser und erfordert vergleichsweise weniger Mittel. Anstelle Bildungsdefizite erst nach der Schule durch teure und ineffektive staatli-

che Maßnahmen zu bekämpfen, wollen wir die Grundschulen und frühkindliche Bildung massiv stärken.

Ganztagsschulen verteilen die Unterrichtsstunden lernphysiologisch sinnvoller, erleichtern die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie und ermöglichen individuelle Förderung unter kompetenter Aufsicht, deshalb können qualitativ hochwertige Ganztagsschulen nachfrageorientiert eingerichtet werden.

Die beste Voraussetzung für individuelle Bildung ist die Vielfalt der Angebote. Die Liberalen sehen nach wie vor in einem differenzierten, profilierten Schulsystem mehr Chancen als Risiken und setzen sich für zwei Wege zum Abitur – Stadtteilschule und Gymnasien ein.

Die an Stadtteilschulen und Gymnasien erworbenen Haupt- und Realschulabschlüsse junger Menschen in Hamburg sollen in einer weiterführenden Ausbildung münden und zu einer qualifizierten Berufstätigkeit führen.

Wir wollen Bildung als lebenslangen Prozess stärken, der die Lernbereitschaft des Einzelnen, die Durchlässigkeit der Strukturen, Flexibilität der Einrichtungen und eine Vielfalt gut miteinander verzahnter Angebote erfordert.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung wirtschaftliche Zusammenhänge in den Schulen einen größeren Raum einnimmt.

Reformwut und Ideologien sollen nicht auf dem Rücken aller Kinder, Eltern und Lehrer ausgetragen werden. Die FDP steht für ein klar strukturiertes Bildungsangebot, das Durchlässigkeit, Leistungsorientierung und soziale Förderung garantiert. Schulentwicklung soll durch die Nachfrage der Eltern und Schüler befördert, Schulqualität durch Kontrollen und durch Transparenz der Ereignisse gewährleistet werden.

## **II. Einzelne Maßnahmen**

### **1. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Jeder dritte Jugendliche in Hamburg hat so geringe Kompetenzen in Lesen und Mathematik, dass er Gefahr läuft, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kaum Chancen zu haben. Deshalb müssen wir präventiv und möglichst früh in der Bildungsbiografie ansetzen. Wir wollen die Zusammenarbeit aller relevanten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie der Kammern und Unternehmen fördern und Netzwerke unterstützen und ausbauen.

### **2. Damit Freiheit und Wettbewerb Schule machen**

Im Bildungsbereich gewinnen Freiheit und Verantwortung im Rahmen des Strebens nach mehr Eigenständigkeit zunehmend an Bedeutung. So hat die OECD in ihrem Bildungsbericht 2008 mehr Eigenständigkeit für das völlig überregulierte deutsche Schulwesen gefordert. Es ist ein Irrweg zu glauben, dass Schulen alle vier Jahre Jahrhundertreformen ambitionierter Politiker verkraften. Mehr Eigenständigkeit im Bildungswesen bedeutet ein Umdenken. Die Liberalen wollen gerade diesen Para-

digmenwechsel. Die Schulen vor Ort erhalten mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten, indem der Staat sich auf die Vorgabe verbindlicher Bildungsstandards beschränkt. Innerhalb eines flexiblen Rahmens, können sich vielfältige Schulangebote im Wettbewerb, entsprechend der Nachfrage der Eltern und Schüler, entwickeln und eine Fülle von Lernwegen und Lernkompetenzen entstehen. Größere Eigenständigkeit der Schulen muss stets mit verbindlichen Qualitätsstandards, Transparenz, Vergleichbarkeit, Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit einhergehen und schrittweise, ohne die Beteiligten zu überfordern, gewährt werden.

Aufgabe des Staates darf es nicht länger sein, den Weg zu einem Bildungsziel detailliert vorzuschreiben. Die Hamburger Lehrpläne sind auf einen Kernbestand zu reduzieren. Lediglich Lehrplanziele sollen definiert werden und durch Vergleichsarbeit zum Ende des Schuljahres überprüft werden. Die Ergebnisse sind anonymisiert zu veröffentlichen. Darüber hinaus kontrolliert der Staat die Einhaltung von Bildungsstandards, durch eine externe Schulaufsicht.

Freie Träger und staatliche Bildungsanbieter sind grundsätzlich gleichberechtigt zu behandeln. Die Einführung eines Bildungsgutscheins garantiert die gleiche staatliche Förderung für jeden Schüler, ganz gleich, ob er an einer staatlichen oder freien Schule lernt. Ein freier Träger benötigt vor Aufnahme des Betriebs eine Genehmigung. Sofern er einen erfolgreichen Probetrieb von zwei Jahren nachweist, kann er nach einer Qualitätsüberprüfung eine unbefristete Genehmigung erhalten, wobei der weitere Betrieb unter regelmäßiger Qualitätsüberprüfung steht.

Die Liberalen lehnen unter Hinweis auf die Eigenständigkeit der Schulen die Zwangseinführung der Primarschule ab. Die bewusste Zerschneidung von Gesamtschulen, die zehn Jahre gemeinsam lernen, die Behinderung von profilierten Gymnasien, die Abschaffung der Durchlässigkeit zwischen den Schulen und die Zwangsstrukturierung der Schulen in freier Trägerschaft dienen ausschließlich dazu, die Einführung eines ideologisch gesteuerten Einheitsschulsystems vorzubereiten. Die Liberalen stehen für Vielfalt und Toleranz, für Wettbewerb und Leistung und lehnen diese Gleichmacherei ab.

Schulen brauchen Ruhe und Zeit, um vernünftig arbeiten zu können. Ebenso ist es wichtig, leistungsorientierte Angebote wie die Gymnasien anzubieten, zu fördern und weiter zu entwickeln. Jede Benachteiligung der Gymnasien, wie zum Beispiel höhere Klassenfrequenzen, lehnen die Liberalen ab.

Das Elternwahlrecht ist unverzichtbar für eine gute Schulentwicklung und für die flexible Anpassung des Schulangebotes an die Bedürfnisse der Kinder. Grundsätzlich sind Eltern für ihre Kinder in erster Linie verantwortlich. Sie sind in ihren Erziehungsarbeit unter dem Aspekt des Förderns und Forderns in die Arbeit der Schule einzubinden und anlassbezogen zu unterstützen.

### **3. Pro Kopf Finanzierung**

Die Einführung eines unbürokratischen Bildungsgutscheinsystems, das sich an den Pro-Kopf-Schülerkosten orientiert, ermöglicht den freien Zugang zu den Schulen in öffentlicher oder freier Trägerschaft. Schulen in sozial benachteiligten oder strukturschwachen Stadtteilen sollen zusätzlich gefördert werden. Grundsätzlich ist durchschnittlich eine Klassenstärke von 20 Schülern anzustreben.

Die einzelne Schule verfügt im Rahmen eines schulbezogenen Etats frei über ihre Mittel für Personal- und Sachausgaben. Durch dieses Konzept werden die Wahlfreiheit der Eltern gestärkt und gleichzeitig der Wettbewerb der Schulen um die Schülerinnen und Schüler sowie die Herausbildung eigener pädagogischer Profile gefördert. Ein solches Umdenken im Hinblick auf ein eigenständiges Schulwesen wird zu einem Qualitätsschub im Bildungswesen führen und mittelfristig auch zu einem wesentlich verantwortlicheren und produktiveren Einsatz von Geldmitteln.

#### **4. Bessere Qualität für Bildung, Erziehung und Unterricht**

Ohne motivierte Lehrer gibt es keinen guten Unterricht. Der Umgang der Bildungsbehörde mit den Pädagogen hat zu Frustration und verminderter Leistungsbereitschaft geführt. Keine leistungsgerechte Besoldung, fehlende Altersentlastungen, unklare Zukunftsperspektiven und kurzfristiges Springen zwischen Einsatzorten verhindern Motivation. Wer hohe Ansprüche an Einsatzbereitschaft und Unterrichtsqualität stellt, darf diese nicht durch ein überzogenes Aufgabenspensum gefährden.

Wir wollen durch finanzielle Anreize und mehr Freiräume Kreativität und Engagement des Lehrpersonals fördern. Lehrer sollen mehr Zeit erhalten, sich um ihre Klasse und die Elternarbeit auch außerhalb des Unterrichts zu kümmern. Dazu müssen sie von Verwaltungsaufgaben befreit werden. Sie brauchen zudem mehr professionelle und zeitnahe Unterstützung durch Psychologen und Sozialarbeiter.

Unser Ziel ist es, die Stellung der Pädagogen zu stärken und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Dazu gehört eine höhere öffentliche Wertschätzung durch Senat und Bürgerschaft.

Mit einer stärker leistungsbezogenen Vergütung wollen wir geeignete Schulabsolventen als Lehrer gewinnen und die Aufstiegsmöglichkeiten für gute Lehrer verbessern. Die Verbeamtung von Lehrern lehnen wir ab. Die Trennung zwischen GHR-Lehrern und Gymnasiallehrern in der Lehramtsausbildung ist aufzuheben. Es bedarf einer gemeinsamen Grundausbildung unter der Berücksichtigung der Bereiche Entwicklungspsychologie und Diagnosefähigkeit mit anschließender unterschiedlicher Schwerpunktbildung. Wir wollen eine längere Dauer der Praxisphasen im Lehrerstudium und halten an einem eigenständigen Vorbereitungsdienst für Lehrkräfte, dem Referendariat fest. Ebenso wie bei Rechtswissenschaft und Medizin führt nur ein Vollstudium und nicht der Bachelor zur Berufsbefähigung. Wir werden verstärkt in die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern auch auf akademischem Niveau investieren.

Eine Aufstockung der Referendarstellen insbesondere in den Mangelfächern, halten wir mit Blick auf den zunehmenden Lehrermangel - zum Beispiel bei den Naturwissenschaften - für notwendig. Wir brauchen eine langfristige Bedarfsanalyse und ein konkretes Personalkonzept, um Lehrermangel vorzubeugen. Mit staatlichen Stipendien können wir gezielt Berufsnachwuchs für „Mangelfächer“ gewinnen. Den MINT-Fächern werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen und mehr junge Menschen dafür begeistern.

## **5. Allen Kindern Teilhabe ermöglichen**

Die FDP Hamburg unterstützt den Rechtsanspruch von Kindern mit Behinderungen auf volle Teilhabe am Unterricht in Hamburger Schulen entsprechend der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen. Die dafür erforderlichen Integrationsstunden müssen jedoch in vollem Umfang in den Haushalt eingestellt und genehmigt werden. Förderschulen sollen dort erhalten bleiben, wo die Integrationsleistung an den allgemeinbildenden Schulen nicht erbracht werden kann. Zudem muss Fachpersonal zur sonderpädagogischen Förderung dieser Kinder zur Verfügung stehen. Bei der Sanierung von Schulen, An- und Umbauten müssen die Einrichtungen behindertengerecht ausgebaut werden.

Alle Kinder und Jugendliche in Hamburg müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen freien und uneingeschränkten Zugang zu Bildung erhalten.

## **6. Kooperation zwischen Schulen und Firma**

Grundsätzlich begrüßen wir Kooperationen zwischen Firmen und Schulen und wollen diese ausbauen. Die Firmen sollen einen Beitrag dazu leisten können, dass der Unterricht praxisbezogen gestaltet wird. Hierzu sind auch angemessene Finanz- und Sachspenden, die für den Unterricht förderlich sind, grundsätzlich zu erlauben.

## **7. Duales System fortentwickeln**

Das duale System der beruflichen Bildung ist ein Erfolgsmodell. Es ist Garant für gute Übergänge in den Arbeitsmarkt und eine im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit. Damit es auch künftig den hohen Anforderungen gerecht werden kann, werden wir die Rahmenbedingungen weiterentwickeln, um es für künftige demographische, technologische und wirtschaftliche Herausforderungen fit zu machen. Hierzu gehören die Flexibilisierung und Modularisierung unter Wahrung des Berufsprinzips. Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Kammern werden wir dafür Sorge tragen, dass in den Berufsschulen modernste Technologien für die Ausbildung zur Verfügung stehen und über Kompetenzzentren wissenschaftliche und technologische Entwicklungen in die Betriebe transportiert werden.

## **8. Sanierung der Schulgebäude voranbringen**

Der hohe Stellenwert, den wir der Bildung unserer Kinder beimessen, muss im baulichen Zustand unserer Schulen sichtbar sein. Es sind Mittel bereitzustellen, um den massiven Renovierungsstau zu überwinden. Dazu gehören hygienische Sanitäreinrichtungen ebenso wie intakte Klassen- und Fachräume. Die Beteiligung von privaten Förderern, PPP-Initiativen und Investoren ist zu nutzen. Anschließend müssen ausreichende Mittel für einen ordentlichen Unterhalt der Schule zur Verfügung stehen.